



Sonnabend/Sonntag, 26./27. August 2017

72. Jahrgang/Nr. 199 Bundesausgabe 2,30 € www.neues-deutschland.de

Schwieriger Kampf gegen Korruption

Die Ukraine gilt als das korrupteste Land Europas. Der Machtmissbrauch ist Teil der politischen Kultur geworden. Weil die Justiz versagt, gehen nun Bürger gegen Bestechung und Bestechlichkeit vor. **Seiten 18 und 19**

Illustration: 123rf/Ufuk Zivana

STANDPUNKT

Feind der Verfassung

Florian Haenes über Thomas de Maizières Diskurshygiene

Bundesinnenminister Thomas de Maizières hat mit Verweis auf linke Gewalt während der G20-Proteste in Hamburg die Internetseite linksunten.indymedia verboten. Er vermengt Straftat und Meinungsäußerung. Zwar darf er verfassungsfeindliche Vereine verbieten. Doch in diesem Fall überschreitet er seine Kompetenz: Er betreibt Diskurshygiene.

Autoren befürworten auf der Plattform regelmäßig Gewalt gegen Polizisten. Hässlich ist das – besonders angesichts der Tatsache, dass einige Autonome nicht vor Taten zurückschrecken, bei denen Menschen zu Tode kommen können. Doch strafbar ist es nicht. Als Meinung schützt das Grundgesetz auch Äußerungen, die gefährlich sind und auf die Umwälzung der politischen Ordnung abzielen. Das Bundesverfassungsgericht bekräftigt, dass das Grundgesetz auf den freien Meinungsstreit vertraut. Heißt: Das Gewaltargument wird geschützt, damit es widerlegt werden kann.

Die Begründung des Verbots erscheint angesichts dessen hanebüchen: Polizisten seien als Schweine und Mörder tituliert worden. Das habe Gewalttaten legitimiert. Tatsächlich hat das Bundesverfassungsgericht erst letztes Jahr im »All-Cops-are-Bastards«-Urteil festgestellt, dass Kollektivbeleidigungen dieser Art als Meinung geschützt sind. Man fragt sich: Liest der Innenminister diese Urteile nicht?

Für die Demokratie ist die Trennung zwischen Meinung und Straftat konstitutiv. Sie muss verteidigt werden. Gegen Autonome. Und gegen Thomas de Maizières.

#LINKSUNTEN

Nach dem Verbot des linksradikalen Internet-Forums linksunten.indymedia.org ist nun im Gespräch, auch andere radikale Internet-Foren wie die Leserkommentarbereiche von bild.de, spiegel.de und welt.de zu schließen, wie die Bundesregierung mitteilte. In diesen veröffentlichten »meist anonyme Autoren regelmäßig distanzlose Agitationstexte, mit denen sie ihre eigene Verblödung dokumentieren«, erklärte Innenminister de Maizières. Die genannten Online-Leserkommentarbereiche seien seit Langem als »Sprachrohre der gewaltorientierten deutschnationalen Kleinbürgerszene« bekannt. Man sei darauf gefasst, bei Durchsuchungen Laptops, Spazierstöcke, Rohre und die gesammelten »Focus«-Jahrgänge zu finden. »Das sind typische Gegenstände, die wir aus dem gewaltaffinen anonymen Onlinekommentatorenspektrum kennen«, sagte de Maizières. »Damit muss Schluss sein! Eine Demokratie kann nur blühen und gedeihen, wenn alles verboten ist.« tbl

Linksunten dicht, Rechts obenauf

Der Bundesinnenminister verbietet linksradikale Internetplattform



Die Geschehnisse beim G20-Gipfel in Hamburg dienen auch als Begründung für das Verbot.

Foto: dpa/Christian Charisius

Berlin. Die Debatten in den vergangenen Wochen um die Ausschreitungen während des G20-Gipfels in Hamburg hatten es bereits angedeutet, nun erfolgte tatsächlich der erste medienwirksame Schlag gegen linke Strukturen: Am Freitag verbot Innenminister Thomas de Maizières die Internetplattform linksunten.indymedia.org. »Es darf keine Rückzugsräume für Extremisten von links und von rechts geben – weder außerhalb noch innerhalb des Internets«, so der Minister am Freitag in Berlin. Die Seite sei die bedeutendste Plattform für gewaltbereite Linksextremisten in Deutschland. »Seit Jahren nutzen sie diese Plattform, um

Hass gegen Andersdenkende und Repräsentanten des Landes zu säen.« Die Ereignisse während des G20-Gipfels in Hamburg hätten gezeigt, welche Folgen solche Hetze haben könne. Eine Verbotsvorgabe wurde drei in Freiburg lebenden Betreibern der Plattform zugestellt, Räumlichkeiten wurden durchsucht, es gab aber keine Festnahmen oder Verhaftungen.

Die Linkspartei zeigte sich am Freitag erstaunt über den Zeitpunkt des Verbots. »Es ist ziemlich verwunderlich, dass eine Plattform, die viele Jahre betrieben wird, jetzt plötzlich verboten wird«, erklärte LINKE-Bundesge-

schäftsführer Matthias Höhn. Dies gelte gerade in einer Zeit, in der die AfD eine Hetze gegen alles betreibt, was sich links versammle. »Wir erleben im Land einen Marsch nach rechts«, sagte Höhn. Darauf müsse die Regierung ihren Schwerpunkt legen.

Dass dies nur der erste Schlag war und Höhns Einschätzung stimmt, legt auch ein Parlamentsbeschluss aus Sachsen-Anhalt nahe. Dort setzte die AfD eine Enquetekommission durch, die Linksextremismus untersuchen soll. Auch Abgeordnete der CDU stimmten dafür, obwohl dies zur Einsetzung gar nicht notwendig gewesen wäre. nd **Seiten 5 und 10**

Abschieben in den Krieg

Bundesregierung weist Wiederaufnahme der Asylverfahren von Afghanen an – trotz katastrophaler Lage

Afghanistan bietet ein Bild zunehmender Unregierbarkeit und Gewalttätigkeit, da kündigt die Bundesregierung eine Wiederaufnahme der Asylentscheidungen an – samt Abschiebungen.

Von Uwe Kalbe

Am Freitag erreichte der Bürgerkrieg in Afghanistan erneut die Hauptstadt Kabul. Kämpfer der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) töteten bei der Erstürmung einer vollbesetzten Moschee mindestens 20 Menschen. Mindestens 40 Menschen seien verletzt worden, sagte ein Sprecher des Gesundheitsministeriums, Ismail Kawusi, am frühen Freitagabend (Ortszeit) laut Deutscher Presse-Agentur. Die Zahlen könnten aber noch steigen. Ambulanzen brachten weiterhin Menschen in die Krankenhäuser. Beobachter hatten in den sozialen Netzwerken von Explosionen in weiteren Moscheen berichtet.

Die Abschiebepolitik der Bundesregierung scheint von der zunehmenden Unsicherheit am Hindukusch nicht beeinflussbar zu sein. Vor wenigen Tagen erst hatten die USA angekündigt, die Zahl ihrer Soldaten wieder zu erhöhen. Nach schweren Zerstörungen an der deutschen Botschaft in Kabul durch einen Bombenanschlag Ende Mai waren die Entscheidungen über die Asylanträge afghanischer Flüchtlinge ausgesetzt worden. Eine aktualisierte Lagebeurteilung des deutschen Außenministeriums sollte abgewartet werden.

Diese ist nun erfolgt. Mit dem Ergebnis, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wieder über Asylanträge von Afghanen entscheidet, wie Bundesinnenminister Thomas de Maizières (CDU) der Deutschen Presse-Agentur mitteilte. Die Regierung halte an ihrem Kurs zu Abschiebungen fest. »Wir wissen, dass die Lage in Afghanistan kompliziert ist.« In begrenztem Rah-

men seien Abschiebungen dort hin aber verantwortbar.

In dem vertraulichen »Zwischenbericht« zur Sicherheitslage, der dpa vorliegt, sind unter anderem 27 der 34 Provinzen aufgelistet, in denen mit Angriffen vor al-

2016 übten die Taliban in 74 Distrikten Einfluss aus, nun in 121.

Aus dem Lagebericht

dem der radikalislamischen Taliban gegen die Regierung oder internationale Vertreter gerechnet werde. Die Gefahr für die afghanische Bevölkerung wird dennoch als eher gering beschrieben. In dem Begleitschreiben von de Maizières und Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) zu dem Bericht heißt es zugleich, die Darstellung der Si-

cherheitslage sei unvollständig. Die Minister räumen ein, dass man »zu verschiedenen relevanten Aspekten – etwa zur Situation in den von Taliban kontrollierten Landkreisen oder zur Gefährdung bestimmter Volksgruppen – aufgrund der Umstände keine umfassende Auskunft geben kann und insofern Fragen offen bleiben«. Es gebe »kaum Möglichkeiten zur Gewinnung eigener Erkenntnisse vor Ort«.

Pro Asyl nannte den Bericht unbrauchbar. Er enthalte kaum verwertbare asylrelevante Fakten. Abschiebungen seien mit ihm nicht zu rechtfertigen. »Pro Tag werden 61 Soldaten und Polizisten getötet oder verwundet«, sagte Geschäftsführer Günter Burkhardt. Es sei nicht nachvollziehbar, wie vor diesem Hintergrund immer wieder Asylanträge mit der Begründung abgelehnt werden, die Betroffenen könnten sich unter den Schutz von Polizei und Sicherheitskräften stellen.

Kommentar Seite 2

Öffentliche Kassen mit Überschüssen

Rückzahlung der Brennstoffsteuer belastet jedoch Bilanz des Bundes

Wiesbaden. Die starke Wirtschaft und die gute Beschäftigungslage haben dem deutschen Staat im ersten Halbjahr 2017 einen Rekordüberschuss von 18,3 Milliarden Euro beschert. Die Einnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung erhöhten sich in den ersten sechs Monaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 29,6 Milliarden Euro auf 723,8 Milliarden Euro, wie das Statistische Bundesamt am Freitag mitteilte. Das war eine Steigerung um 4,3 Prozent und der höchste Überschuss seit 1990.

Während der Bund ein Defizit von 2,5 Milliarden verzeichnete, schlossen Länder (plus 8,1 Milliarden Euro), Kommunen (plus 6,1 Milliarden Euro) und Sozialversicherung (plus 6,6 Milliarden Euro) mit einem Überschuss ab.

Das Defizit für den Bund ist demnach in erster Linie auf die Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Unrechtmäßigkeit der Kernbrennstoffsteuer zurückzuführen, nach dem der Bund rund 7,1 Milliarden Euro an die Energieunternehmen zurückzahlen muss. AFP/nd

Türkei: Kein Ende der Entlassungen

928 »verdächtige« Staatsangestellte wurden ihrer Posten enthoben

Ankara. In der Türkei sind mehr als 900 Staatsangestellte unter dem Verdacht der Verbindung zu »Terrororganisationen« entlassen worden. Unter den 928 Betroffenen, die mit einem neuen Notstandsdekret am Freitag ihrer Posten enthoben wurden, sind Beamte der Verteidigungs-, Außen- und Innenministerien sowie der Streitkräfte. Zudem wurde zehn pensionierten Brigadegeneralen ihr Rang aberkannt. Seit dem Putschversuch wurden bereits mehr als 140 000 Staatsangestellte entlassen oder suspendiert.

Mit einem zweiten Dekret wurde der Geheimdienst MIT, der bisher dem Ministerpräsidenten unterstand, dem Präsidenten unterstellt. Auch wurde eine neue Institution namens Nationales Geheimdienstkoordinierungskomitee ins Leben gerufen, das vom Präsidenten geleitet wird. Damit wird der Staatschef weiter gestärkt. Außerdem erhält der Geheimdienst erstmals das Recht, gegen Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums und der Streitkräfte zu ermitteln. AFP/nd **Seiten 2, 4 und 20**

Braunkohleprotest in Ost und West

Blockaden im Rheinland und Kampagne in Brandenburg

Aachen. Klimaschützer haben am Freitag im rheinischen Braunkohlerevier vorübergehend eine RWE-Werksbahn blockiert. Mit der Protestaktion nahe dem Kraftwerk Neurath sollte die Infrastruktur des benachbarten Tagebaus Garzweiler punktuell lahmgelegt werden, wie das Aktionsbündnis »Ende Gelände« mitteilte. Polizisten beendeten die Blockade nach knapp drei Stunden und trugen bis zu 50 Demonstranten von den Gleisen. Klimaaktivisten und Umweltschützer hatten am Donnerstag im Tagebaugelände zwischen Aachen, Mönchengladbach und Köln mit Aktionstagen für einen sofortigen Ausstieg aus der Braunkohleförderung begonnen.

Derweil startete eine Kampagne, die LINKE mit Protestnachrichten einzudecken. Die LINKE soll im rot-rot regierten Brandenburg dafür sorgen, dass die SPD mit ihrem Pro-Kohle-Kurs nicht durchkomme, heißt es. Anlass ist die von Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) geplante Absenkung des Klimaschutzziels. AFP/nd **Seiten 4 und 14**